

Investoren gesucht, aber Ausländerbehörde behindert Stadt- und Wirtschaftsentwicklung!

Claudia Hämmerling, stadtentwicklungspolitische Sprecherin, erklärt:

Die Berliner Ausländerbehörde blockiert Investitions- und Ansiedlungsbemühungen von ausländischen Geschäftsleuten. So das einhellige Fazit auf der Veranstaltung der Fraktion Bündnis90/Die Grünen "Asiatown in Berlin?" am Donnerstag im Abgeordnetenhaus. Ohne Visum bzw. Aufenthaltsgenehmigung können ausländische UnternehmerInnen aber nicht in Berlin tätig werden.

Kontrovers wurde auch das Motto der Podiumsdiskussion, die Idee von "Asiatown" in Berlin, diskutiert. Stadtentwicklungspolitisch und wirtschaftspolitisch ist es eine Chance, ein Zentrum für die verschiedenen asiatischen Staaten zu schaffen, an dem sie ihre Traditionen, Kunst, Handwerk, Kultur, Gastronomie, aber auch Wissenschaft und moderne Technologie gebündelt anbieten können. Die asiatischen Länder könnten durch den Wettbewerb untereinander, aber auch von Synergieeffekten im Technologiebereich profitieren. Mit dem Gelände des "Alten Schlachthofs" stünde ein Areal bereit, asiatisch geprägte Stilelemente in einem städtebaulichen und landschaftsplanerischen Konzept umzusetzen und so "Asiatown" von außen erkennbar und unverwechselbar zu machen.

Diese Idee hat einen dreifachen Nutzen: Das Entwicklungsgebiet "Alter Schlachthof" würde endlich einer Nutzung zugeführt. Das entlastet den Landeshaushalt. Außerdem könnten die BerlinerInnen einen Hauch Asien vor der Haustür erleben. Angesichts der Monotonie bestehender Einkaufszentren und den verödenen Ladenstraßen wäre das eine Attraktion, die auch TouristInnen anziehen würde.

Die Fraktion Bündnis90/Die Grünen fordert den Senat auf, bei Investoren für ein solches Konzept zu werben und die Investorenfeindlichkeit in der Ausländerbehörde zu unterbinden.